Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
(19. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Harald Weyel, Corinna Miazga, Norbert Kleinwächter, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 19/9238 –**

**zu den Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen bezugnehmend auf
den Sachstandsbericht des Europäischen Rates
Ratsdok. 13047/18**

sowie

**zu den Verhandlungen zum Vorschlag für einen Beschluss des Rates zur
Festlegung der finanziellen Beiträge der Mitgliedstaaten zum
Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) einschließlich der dritten Tranche 2018
KOM(2018) 669 endg.; Ratsdok. 12861/18**

**hier: Stellungnahme gegenüber der Bundesregierung gemäß Artikel 23 Absatz 3
des Grundgesetzes**

**Keine Verlängerung beziehungsweise Neuauflage des Europäischen
Entwicklungsfonds (EEF)**

A. Problem

Die Antragsteller monieren, dass dem Zweck des Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) Fonds durch die historische Entwicklung die Grundlage entzogen worden sei. Dieser Zweck hätte im Gründungsjahr 1958 der Förderung der ehemaligen und damals noch verbliebenen kolonisierten Gebiete gegolten. Zum einen sei die Europäische Union (EU) mittlerweile, im Gegensatz zur ursprünglichen Gemeinschaft, durch die Erweiterung, insbesondere auf die zentral-, ost- und nordeuropäischen Staaten, nicht mehr mehrheitlich ein Verband ehemaliger Kolonialstaaten. Zum anderen habe kein EU-Mitgliedstaat noch in nennenswertem

Umfang überseeische Kolonien. Hinzu komme, dass unpräzise Zielvorgaben des EEF nach Einschätzung der Antragsteller der EU als Rechtfertigung dienen, die allgemeinen Ziele der nationalstaatlichen Entwicklungspolitik zunehmend zu bestimmen und sie durch die Schaffung immer neuer und die Neuausrichtung bestehender EU-Projekte und Hilfsfonds in eine nachgeordnete erfüllende und ergänzende Rolle zu drängen. So seien es mittlerweile die EU-Institutionen und nicht mehr die Mitgliedstaaten, die weltweit als die maßgebenden Akteure der Entwicklungspolitik wahrgenommen würden.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/9238 abzulehnen.

Berlin, den 11. Dezember 2019

Der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Dr. Peter Ramsauer
Vorsitzender

Matern von Marschall
Berichterstatter

Dagmar Ziegler
Berichterstatterin

Dr. Harald Weyel
Berichterstatter

Olaf in der Beek
Berichterstatter

Helin Evrim Sommer
Berichterstatterin

Uwe Kekeritz
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Matern von Marschall, Dagmar Ziegler, Dr. Harald Weyel, Olaf in der Beek, Helin Evrim Sommer und Uwe Kekeritz

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 19/9238** in seiner 96. Sitzung am 12.04.2019 beraten und an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur federführenden Beratung und an den Auswärtigen Ausschuss, den Haushaltsausschuss und den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage/n

Die Bundesregierung wird aufgefordert, den EEF im Rahmen der laufenden Verhandlungen zum kommenden Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) aufzulösen und auch nicht unter anderen Bezeichnungen fortzuführen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 19/9238 in seiner 44. Sitzung am 11. Dezember 2019 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags.

Der **Haushaltsausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 19/9238 in seiner 51. Sitzung am 11. Dezember 2019 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat die Vorlage auf Drucksache 19/9238 in seiner 48. Sitzung am 11. Dezember 2019 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat die Vorlage auf Drucksache 19/9238 in seiner 43. Sitzung am 11. Dezember 2019 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags.

Die **Fraktion der AfD** erklärt, dass schon von positiven Auswirkungen der Entwicklungshilfe generell die Rede gewesen sei. Hier käme es zu dem merkwürdigen Twist, dass die Entwicklungshilfe in anderen Ländern, egal ob in Schwellenländern oder in sehr armen Ländern, das repariere, was die wirtschaftliche Zusammenarbeit oder die sonstige Entwicklungszusammenarbeit (EZ) „kaputt gemacht“ habe. Wenn Entwicklungshilfe riesige Biospritprojekte finanzieren würde, beispielsweise in Indonesien, und dort ökologische und soziale Missstände entstehen würden, dann sei das die eine Seite der Entwicklungshilfe, und die andere Seite wäre es, dorthin zu eilen und das zu reparieren. Man fordere in dem Antrag, den EEF abzuschaffen und ihn auch nicht in anderer Form fortzusetzen. Mit den Geldern aus dem EEF würden aktuell auch Grenzmanagement- oder Migrationsmaßnahmen geregelt. Es finde also schon eine Zweckentfremdung statt, und dazu gehörten auch militärische Implikationen. Aus dem Grunde hätten im Jahr 2004 sowohl die Friedrich-Ebert-Stiftung als auch die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vergeblich gefordert, den EEF im Fondsbereich zu belassen und nicht in den EU-Haushalt zu überführen. Mit der dann trotzdem erfolgten Überführung des Ganzen in den EU-Haushalt habe eine Umwidmung stattgefunden, sodass man jetzt keinen nationalen Einfluss mehr hätte. Der EEF sei in der vorherigen Fünfjahresperiode von ursprünglich 13 Milliarden Euro auf mittlerweile über 30 Milliarden Euro angewachsen. Um dieses selbständig im eigenen Haushalt einstellen und die Verwendung von Geldern kontrollieren zu können, die nicht der Entwicklungshilfe zuzuordnen seien, sollte man das entsprechend benennen. Aber es finde eine „Umverpackung“ statt, die in die Irre führe. Die Fraktion der AfD plädiere beim Fondsbereich für eine Beibehaltung im nationalen Interesse und keine Überführung in den EU-Haushalt; ansonsten wäre man für die Abschaffung des Ganzen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** führt aus, dass die Zusammenführung der europäischen Instrumente zu einer gemeinsamen, kohärenten Politik wichtig und richtig sei. Das gelte im Übrigen auch für die illegale Migration und die Ursachenbekämpfung von Flucht, die unter einem künftigen EU-Außeninstrument gemeinsam gelöst werden sollten. Beim MFR werde man darauf achten müssen, dass sichergestellt sei, dass die Entwicklungspolitik innerhalb dieses neuen Instruments nicht unter Druck gerate. Die Mittel dafür müssten mindestens im gleichen Umfang und mit planbarer Sicherheit zur Verfügung stehen. Der beim MFR aufgeführte Begriff „Flexibilität“ könnte bedeuten, dass von der Entwicklungspolitik Mittel zu anderen außenpolitischen Instrumenten, wie der Nachbarschaftspolitik, abgezweigt würden. Das müsse man verhindern. Im Übrigen wolle die Fraktion der CDU/CSU eine kohärente, abgestimmte und Ressorts übergreifende Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik der EU fördern. Deswegen befürworte man, dass dieses letztlich aus postkolonialen Zeiten stammende Instrument EEF in ein gemeinsames europäisches, politisches Instrument überführt werde. Aus diesem Grunde lehne man den Antrag ab, denn darin finde der übliche Duktus der Fraktion der AfD Anwendung.

Die **Fraktion der SPD** weist darauf hin, dass man sich inhaltlich den Darlegungen der Fraktion der CDU/CSU anschließe. Darüber hinaus sei anzumerken, dass man sich für eine stabile und abgestimmte Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik der EU einsetze.

Die **Fraktion der FDP** trägt vor, dass der EEF laut Fraktion der AfD abgeschafft werden solle, was für die Fraktion der FDP abzulehnen sei. Der große Unterschied sei, dass man nicht national denke, sondern international und multilateral. Man wolle vielmehr die Entwicklungs-, die Sicherheits- und die Außenpolitik innerhalb der EU zusammenführen, und das solle mit einer kohärenten und europäischen Politik erreicht werden; dazu gehöre auch der EEF. Für alle diese Maßnahmen wolle man mittelfristig drei Prozent des Bundeshaushaltes ausgeben. Deswegen widerspreche der vorliegende Antrag in allen Punkten der eigenen Grundüberzeugung.

Die **Fraktion DIE LINKE** macht aufmerksam, dass mit den Partnern „auf Augenhöhe“ zusammenarbeiten wolle, was die Fraktion der AfD nicht wolle, und deshalb unterscheide sie die Begriffe Entwicklungshilfe und EZ nicht. In dem Antrag werde argumentiert, dass der EEF durch die historische Entwicklung keine Grundlage mehr besäße, weil die EU-Mitgliedstaaten keine nennenswerten überseeischen Kolonien mehr hätten. Die auch vom Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung beschriebene Tendenz eines Neokolonialismus werde dabei völlig außer Acht gelassen. Es gebe durchaus Staaten, die sich aufgrund von bestehenden neoliberalen Abkommen nicht aus wirtschaftlichen Zwängen befreien und selbständig einen ökonomischen Aufschwung herbeiführen könnten, weil diese Verträge asymmetrisch wären. Das führe immer wieder dazu, dass die Länder sich wirtschaftlich nicht entwickeln könnten. Im Antrag der Fraktion der AfD gehe es um Wirtschaftsnationalismus und „Germany First“, und das lehne die Fraktion DIE LINKE ab.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** verdeutlicht, dass der vorliegende Antrag den EEF abschaffen wolle, auch wenn das hier nicht in aller Deutlichkeit vorgetragen worden sei. Damit fordere die AfD auch eine substantielle Kürzung der europäischen EZ, was man entschieden ablehne. Darüber hinaus würde es jeglicher Grundlage entbehren, dass die europäische EZ nationale Zuständigkeit in eine nachgeordnete Rolle dränge und den Artikel 4, Absatz 4 des AEUV verletze; das sei eine völlige Verkennung der Realität. Derartige Falschinformationen seien nicht angemessen für den Deutschen Bundestag. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lehne deshalb den Antrag ab.

Berlin, den 11. Dezember 2019

Matern von Marschall
Berichterstatter

Dagmar Ziegler
Berichterstatlerin

Dr. Harald Weyel
Berichterstatter

Olaf in der Beek
Berichterstatter

Helin Evrim Sommer
Berichterstatlerin

Uwe Kekeritz
Berichterstatter